

Südafrika ohne Strom – und ohne Zukunft?

geschrieben von AR Göhring | 1. März 2023

von Hans Hofmann-Reinecke

In den südafrikanischen Kohlerevieren operieren mafiaähnliche Verbrechersyndikate, die Anlagen sabotieren, um dann lukrative Reparaturverträge einzustreichen. Mordkommandos sorgen dafür, daß Werksleiter die Sabotagen „ignorieren“, und sie ermorden konkurrierende Auftragnehmer, die ihrerseits Angebote für die Reparatur einreichen.

Mission Impossible

Andre de Ruyter, der ehemalige Chef des südafrikanischen Stromversorgers, ist aus dem Land geflohen, nachdem er das Ausmaß der Korruption in dem angeschlagenen staatlichen Unternehmen *Eskom* offengelegt hatte. Dort war er 2020 als Vorstandsvorsitzender eingesetzt worden und sollte für die Beendigung der landesweiten Stromausfälle sorgen. Die Situation hat sich allerdings seither nur verschlechtert; derzeit gibt es bis zu zehn Stunden „Loadshedding“ pro Tag.

Und das kam so:

Südafrikas Strom wird fast ausschließlich in Kohlekraftwerken produziert, viele davon sind uralt und mangelhaft gewartet. Zu de Ruyters Amtsantritt war fast die Hälfte außer Betrieb.

Er stand nun vor einer „mission impossible“. Er sollte einerseits die desolate Kraftwerksflotte hochpäppeln und gleichzeitig *Eskoms* Schulden in Höhe von 30 Milliarden US-Dollar abbauen. Für überfällige Wartungen mussten nun auch noch intakte Einheiten vom Netz genommen werden, und um zu sparen kürzte er die Ausgaben für Dieseltreibstoff, den die Open-Cycle-Turbinen zur Stützung des Netzes benötigten.

Das verschärfte die Situation und verärgerte hochrangige Politiker der Regierungspartei ANC. Denen würde man die Schuld für die *Eskom*-Misere in die Schuhe schieben und sie bei den nächsten Wahlen 2024 dafür abstrafen.

Gefährliche Enthüllungen

De Ruyter stand nun in der Schusslinie und schließlich kündigte er seinen Job im Dezember 2022. Er nahm sich allerdings noch die Freiheit, in einem einstündigen Fernsehinterview der Öffentlichkeit Einblick in *Eskoms* Geschäftspraktiken zu geben, um sich selbst damit zu entlasten.

Hier seine wichtigsten Enthüllungen:

- In den südafrikanischen Kohlerevieren operieren mafiaähnliche Verbrechersyndikate, die Anlagen sabotieren, um dann lukrative Reparaturverträge einzustreichen. Mordkommandos sorgen dafür, dass Werksleiter die Sabotagen „ignorieren“, und sie liquidieren konkurrierende Auftragnehmer, die ihrerseits Angebote für die Reparatur einreichen. „So ziemlich jede Woche gibt es ein Attentat“, sagt De Ruyter.
- Ein hochrangiger Manager des Kraftwerks Tutuka (Mpumalanga) wurde des Diebstahls von Heizöl im Wert von 5 Millionen US-Dollar pro Monat beschuldigt und von der Polizei öffentlichkeitswirksam aus dem Werk abgeführt. Am nächsten Tag wurde er dann auf Anordnung eines hochrangigen Polizeibeamten als freier Mann aus dem Gefängnis entlassen.

Souvenir aus Glasgow

- Auf der UN-Klimakonferenz Cop26 im Jahr 2021 in Glasgow wurde von den führenden Volkswirtschaften der Welt, einschließlich der USA, ein Darlehen in Höhe von 8,5 Milliarden US-Dollar an Südafrika vergeben, das für Projekte im Bereich erneuerbarer Energien bestimmt war. Ein hochrangigen südafrikanischer Regierungsbeamten setzte sich nun dafür ein, dass man in diesem Fall auf die sonst international üblichen Maßnahmen zur Verhinderung von Korruption (*Anti Graft Control*) verzichten sollte. De Ruyter erfuhr davon und wandte sich in der Angelegenheit an einen Minister der südafrikanischen Regierung. Der aber riet ihm, er solle „pragmatisch“ sein. Um das Allgemeinwohl zu sichern sollte man bestimmten Personen erlauben, auch einen Happen abzubeißen.
- Harmlos nimmt sich dagegen dieser kleine Betrug aus. Für den Kauf von Knieschützern, die typischerweise 20 US-Dollar pro Paar kosten, zahlte *Eskom* mehr als 400 US-Dollar. Die Sache wurde aber zwischen *Eskom*-Managern und hochrangigen Beamten informell beigelegt. Ähnlichkeiten mit dem Kauf überteuerter Covid-Masken wären zufällig

Zum Abschied ein starker Kaffee

Im Dezember 2022 dann schlug das System zurück. De Ruyter nahm eine Tasse Kaffee zu sich, die seine Assistentin zubereitet und im Pausenraum für ihn hatte stehen lassen. Daraufhin brach er unter Atemnot und krampfartigen Anfällen zusammen. Der Notarzt stellte eine Zyanidvergiftung fest, die der Patient aber überlebte.

Die Polizei untersuchte diesen Mordversuch an einem der wichtigsten südafrikanischen Topmanager allerdings nur recht halbherzig. Inzwischen

hat de Ruyter das Land verlassen, um sich und seine Familie in Sicherheit zu bringen.

Fazit

Der Verlust zuverlässiger Stromversorgung ist sowohl Symptom als auch Ursache für den Zusammenbruch einer Nation, und das ist eine fatale Rückkopplung. Als der *African National Congress* (ANC) im Jahre 1994 die Regierung des Landes übernahm und die Apartheid beendet war, da war die Infrastruktur in Ordnung. Das Charisma und die Selbstlosigkeit des ersten schwarzen Präsidenten Nelson Mandela ließen den Optimismus aufkommen, dass Südafrika einen besseren Weg einschlagen würde als die übrigen Länder Afrikas. Diese Hoffnung ist jetzt auf einem Tiefpunkt angekommen.

Es gibt aber wenig Grund anzunehmen, dass solch ein Verfall nur auf dem afrikanischen Kontinent stattfinden kann. Jede Nation, in der die Regierenden die eigenen Privilegien wichtiger nehmen als ihre Pflicht dem Volk zu dienen, in der nicht Kompetenz und Integrität, sondern Partei und Quote über Ministerämter entscheiden, ist auf einem fatalen Kurs.

Gerade die zuverlässige und wirtschaftliche Versorgung mit Elektrizität ist kein „nice to have“ sondern notwendige Voraussetzung, um Chaos und Armut zu entgehen. Gerade auf diesem Gebiet sind hochkarätige, kompetente Entscheidungsträger notwendig, die selbst über das notwendige Fachwissen verfügen, um bei kritischen Fragen nicht auf Berater angewiesen zu sein. Und überhaupt: nur erstklassige Entscheidungsträger haben erstklassige Berater, zweitklassige Entscheidungsträger haben drittklassige Berater.

(Informationen in diesem Artikel sind coalage.com entnommen)

Dieser Artikel erschien zuerst im Blog des Autors Think-Again. Sein Bestseller „Grün und Dumm“ ist bei Amazon erhältlich.

Brandenburg: Ab sofort gilt also kein Mindestabstand mehr in Windgebieten? Und Umweltprüfung fällt auch aus!

geschrieben von AR Göhring | 1. März 2023

von AR Göhring

Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder versuchen mit aller Gewalt, vom russischen Gas unabhängig zu werden, in dem sie große Teile des Landes mit Windkraftanlagen füllen – ungeachtet der Tatsache, daß sie bei (häufiger) Dunkelflaute nicht liefern können. Brandenburg verabschiedete gerade ein neues Gesetz, um noch mehr Baufläche bereitstellen zu können.

In der Hauptstadt Potsdam oder im reichen (d.h. meist grünwählenden) Speckgürtel Berlins werden eher keine Windräder aufgestellt – dafür rücken sie nun immer näher an die Wohnhäuser der vielen kleinen Orte im überwiegend ländlichen Bundesland mit seiner schönen Natur. Die *Volksinitiative Brandenburg* wendet sich wie viele andere dagegen und informiert über die neuesten (Fehl-) Entwicklungen.

Der Landtag in Potsdam verabschiedete nun in 2. Lesung den Gesetzentwurf zur Umsetzung des „Windenergieflächenbedarfsgesetzes“.

Zitat aus der Stellungnahme BVB/Freie Wähler zum Gesetzesvorhaben und den Mindestabständen:

Mindestabstände zwischen Wohnbauten und Windenergieanlagen sollen nach dem Willen des Bundesgesetzgebers bis zu einer vollständigen Dekarbonisierung der Energiegewinnung nicht mehr festgelegt werden dürfen.

Diese Aussetzung der Schutzvorschriften für Anwohner vor Lärm und Schlagschattenbelästigung bedarf einer verfassungsrechtlich einwandfreien Rechtfertigung und setzt die Schutzrechte der Anwohner weit übersteigende und zwingende, der Allgemeinheit dienende Gründe voraus.

Die Mehrheit der Abgeordneten stimmte dafür, daß jede der fünf regionalen Planungsgemeinschaften im Land 1,8 Prozent der Fläche bis spätestens Ende 2027 und 2,2 Prozent bis spätestens Ende 2032 für die Windenergienutzung ausweist. Klingt wenig – aber durch Anfahrtsschneisen etc. wird etwa das Fünf- bis Zehnfache benötigt.

Die Regierungsfractionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Grünen betonen den hohen Stellenwert der Windenergie in Brandenburg und wollen auch den Ausbau von Netz- und Speicherkapazitäten vorantreiben..

..meldet der RBB. Hier können Sie auch die Reden der Parteienvertreter anschauen.

Die AfD lehnt das Gesetz mit dem Hinweis auf eine immer größere

Flächenversiegelung und die Nutzung von „sicherer und sauberer Kernenergie“ ab. Die Linke stellt einen Entschließungsantrag, der Fragen der Akzeptanz und einen Ausgleich für die Kommunen in den Blick nimmt. BVB/Freie Wähler lehnen den Gesetzentwurf ab. In ihrem Änderungsantrag verlangen sie, den Windenergieausbau auf das unbedingt nötige Maß zu begrenzen.

Im Klartext? Die *Volksinitiative Brandenburg klärt auf:*

Der Entwurf des Raumordnungsgesetzes regelt die Digitalisierung der Beteiligungsverfahren, Erleichterungen im Zielabweichungsverfahren und Beschleunigung durch Wegfall relevanter Umweltprüfungen.

Es müssen keine umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) mehr durchgeführt werden, wenn die beantragte Windturbine in einem ausgewiesenen Winderengebiet steht. Diese Windenergiegebiete werden i.d.R. über Regionalpläne festgelegt, wo aber nur noch eine vereinfachte Strategische Umweltprüfung (SUP), nennt sich jetzt Raumverträglichkeitsprüfung, erfolgt. Diese Prüfung muß innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen sein. Eine Prüfung vorhandener geschützter Arten ist in sechs Monaten gar nicht möglich. Viele alte Regionalpläne und bestehende Anlagen wurden kaum einer Umweltprüfung unterzogen. Wird eine geschützte Art im Plangebiet festgestellt, so führt das nicht etwa zu einer Ablehnung des Bauantrages, sondern die Behörde kann zumutbare Schutzmaßnahmen anordnen. Erfolgt dies nicht, so kann sich der Investor frei kaufen und zahlt entsprechend Ersatzgeld. Man weiß auch, dass diese Regelung gegen EU-Recht verstößt und baut dementsprechend gleich die Bedingung ein – „Gilt erst, wenn ein verbindlicher Rechtsakt der Europäischen Union in Kraft tritt“.

Letztendlich sollen speziell für Windkraft geeignete „go-to-areas“ – Gebiete definiert werden, in denen keine UVP und Artenschutzprüfung mehr getätigt werden. Dafür erfolgen dann Zahlungen in Artenhilfsprogrammen!

Somit setzt sich die Fehlentwicklung, die auch schon 2014 erkannt wurde, fort. ->Link

**Unsere Forderung: Stopp des weiteren Windkraft-Zubaus!
Für den Schutz von Natur, Landschaft, Mensch und Lebensraum!**

Der Meeresspiegel der Nordsee steigt, ganz dramatisch? Die Realität sagt: nein....

geschrieben von AR Göhring | 1. März 2023

von Wattenrat Ostfriesland

Klima und Meeresspiegel: 'Grüner' Besuch auf Langeoog – viel heiße Luft

Der Meeresspiegel der Nordsee steigt, ganz dramatisch? Am 03. August 2018 wurde ein Bericht im „Anzeiger für Harlingerland“ (Wittmund) über den Besuch von Lisa Badum (MdB), klimapolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen auf der Insel Langeoog veröffentlicht. Die Politikerin war am 01. August auf Einladung des Langeooger Ortsverbandes der Grünen auf der Insel zu Gast, um sich über die Küstenschutzmaßnahmen auf der Insel zu informieren. Hintergrund des Besuches der Bundespolitikerin ist die Klage von zehn Familien gegen die Europäische Union wegen der deren Meinung nach zu geringen Anstrengungen in der Klimapolitik; eine Klägerin ist die Langeooger Familie Recktenwald. Der Wattenrat berichtete hier. Dazugeladen als Fachmann war auch Frank Thorenz, der Leiter der Betriebsstelle Norden des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN).

Die Zeitung zitiert ihn so: „Thorenz teilte mit, dass eine signifikante Häufung von Stürmen durch den Klimawandel nicht festzustellen sei, allerdings ist das mittlere Tidehochwasser um 26 Zentimeter gestiegen mit Auswirkungen auf Dünen und Deiche, die Inseln und Küste sichern.“ Im veröffentlichten Zeitungsbericht wurde allerdings der Zeitraum des Anstiegs des mittleren Tidehochwassers unterschlagen, der so lautet „in den letzten hundert Jahren“.

Das klingt schon wesentlich undramatischer und schließt klimabesorgte Mißverständnisse aus. Der Langeooger Autor des Zeitungsbeitrages versicherte dem Wattenrat, in der Originalfassung seines Textes sei der Einschub „in den letzten hundert Jahren“ vorhanden gewesen. Die Kürzung um diese kleine, aber wichtige Präzisierung in der Zeitung könnte nun den Klimahysterikern wieder Auftrieb geben. Fakt ist, dass der Meeresspiegel der Nordsee seit dem Ende der Weichsel-Kaltzeit vor 12.000 Jahren kontinuierlich angestiegen ist, der bekannte „säkulare Meeresspiegelanstieg“ (säkular = ein Jahrhundert betreffend). Während

der Eiszeit lag der Meeresspiegel der Nordsee bis zu 120 Meter tiefer als heute. Dort lebten Menschen, Mammuts, Riesenhirsche und Wollnashörner. Der Meeresspiegel ist nacheiszeitlich mal mehr oder weniger angestiegen, zeitweise hat sich die Nordsee auch wieder zurückgezogen, dazu kommen die Bodenabsenkungen; Fachleute nennen das Transgression und Regression. Das ist auch den Küstenschutzbehörden seit langem bekannt. Würde man die Ostfriesischen Inseln nicht künstlich mit ständige Strandaufspülungen zur Erhaltung der entstandenen Infrastruktur mit enormen Steuergeldern sichern, veränderte sich die Lage durch Windrisse und Strömungen ständig. Sie würden sogar auseinanderbrechen, sich verlagern oder ganz verschwinden, ein ganz natürlicher Vorgang.

Es ist abzusehen, dass die Langeooger Familie Recktenwald die Aufmerksamkeit der Medien durch ihre Klage erhalten wird und demnächst auch durch die Talkshows tingeln wird, auch wenn an den vermeintlichen und auch von den Grünen verbreiteten Katastrophenszenarien nichts dran ist, politisch gesteuerter Klimawahn eben, immer wieder gerne genommen. Fakt ist auch, dass man bisher von ca. 25 cm nacheiszeitlichem „säkularen Anstieg“ ausgegangen war. Forschungs- und Messergebnisse, publiziert von der Universität Siegen (2013), gehen allerdings von einem Anstieg von lediglich 1,7mm im Jahr oder 17cm im letzten Jahrhundert aus. Auffällig ist die Diskrepanz der Daten von NLWK und der Publikation der Universität Siegen. Küstenschutzbehörden sind auf öffentliche Mittel für die Küstensicherung angewiesen. Es ist also nicht auszuschließen, dass es einen Zusammenhang zwischen der behördlich veröffentlichten Höhe des Meeresspiegelanstieges und der Höhe der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel gibt, aber das sind nur Vermutungen.

“`So fand die im vergangenen Sommer abgeschlossene Doktorarbeit von Thomas Wahl im Bereich Küsteningenieurwesen erhebliche Beachtung in der Fachgemeinschaft und in den Medien. Der Beienbacher untersuchte Veränderungen des Mittleren Meeresspiegels in der Deutschen Bucht (Nordsee). Er fand anhand der erhobenen Daten heraus, dass der Meeresspiegel in diesem Bereich um ca. 1,7 mm pro Jahr im letzten Jahrhundert angestiegen ist. Jensen: `Das steht in gutem Kontext zum globalen Mittleren Meeresspiegelanstieg`.“

Es gibt also weder eine Zunahme der Sturmhäufigkeit noch einen dramatisch beschleunigten Meeresspiegelanstieg, wie uns rechercheschwache und katastrophengeile Medien, sogar durch eine öffentlich-rechtliche Rundfunkabgabe zwangsfinanziert, ständig einzubläuen versuchen. Man könnte das auch gezielte Desinformation mit heißer Luft oder gar Volksverdummung nennen...

Die faktenresistente grüne Bundestagsabgeordnete Lisa Badum halluzinierte nach ihrem Besuch auf Langeoog dies auf ihrer Webseite:

„Der Ortsverband Langeoog ist direkt von den Folgen der Klimakrise betroffen und hat sich auch deshalb entschieden, einen Antrag zum Klimanotstand zu stellen. Ein Antrag mit wichtiger Signalwirkung! Weiter so!“

–

Link: Basler Zeitung, 01. Febr. 2018:
«Diese Forscher haben eine politische Agenda»

Der Ozeanograph Nils-Axel Mörner stellt sich gegen den Weltklimarat und die Warnungen vor versinkenden Inseln.

Buchvorstellung „Wie wir die große Energiekrise bewältigen können“: Otto Schily und Fritz Vahrenholt rechnen mit Grün ab

geschrieben von AR Göhring | 1. März 2023

Teil 1: Ex-Innenminister Otto Schily (90) und Ex-Umweltsenator (HH) Fritz Vahrenholt stellten in einem Berliner Hotel das neue Buch von Vahrenholt vor und rechneten dabei mit der aktuellen Energiepolitik in Deutschland ab.

Wir publizieren das Video in drei Teilen mit freundlicher Genehmigung von Fritz Vahrenholt.

Faktencheck: Klimaprognosen, die nie eintrafen (Teil 1) – Klimawissen – kurz&bündig

geschrieben von AR Göhring | 1. März 2023

No. 30: Faktencheck: Klimaprognosen, die nie eintrafen Waldsterben, aussterbende Eisbären, das Öl geht aus...

Schon seit dem frühen 20. Jahrhundert publizieren Wissenschaftler und Journalisten gern Prognosen, die Katastrophen vorhersagen. Die psychologische Logik dahinter ist klar – Menschen werden aufmerksam, wenn jemand „Alarm!“ schreit. Dabei lernen die Medienkonsumenten seltsamerweise nicht aus Prognosen, die nie eintrafen – und die Journalisten erinnern natürlich auch nicht gern an ihre Zeitungsenten.

Heute geht es um drei besonders wirkmächtige und (finanziell) teure Vorhersagen: die angeblich wegen des Klimawandels aussterbenden Eisbären, das schon seit 1929 angeblich versiegende Erdöl, und – natürlich – das westdeutsche Waldsterben, das in den 1980ern einen ähnlich großen politisch-medialen Stellenwert hatte wie heute die „Klimakrise“. Die damals laufend zitierten Star-Wissenschaftler wie Bernhard Ulrich aus Göttingen kennt heute niemand mehr.